

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Riesner
Königsplatz Nr. 10.
Tel. Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Groschütz, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1328.
Groschütz
Riesa Nr. 22.

Nr. 129.

Donnerstag, 6. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Quartals von Produktionsverkürzungen, Schwankungen der Wagnis- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Räume des Anzeigerblattes sind bis 1 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Anzeigerzeile 10 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Werbeanzeige 100 Gold-Pfennige; zeitunabhängiger und tabellarischer Satz 50%, Kesselsatz, feste Letzen, Satzfehler, Leerlauf, wenn der Setzer verfehlt, durch Nachdrucke eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nächtliche Anzeigerdruckerarbeiten sind nur in besonderen Fällen anzunehmen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziffer keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Anzeigenbetriebe: Wilhelm Littrich, Riesa.

Mittelstand und Versprechen.

an. Beim Etat des Reichswirtschaftsministers hat sich der Reichstag den Mittelstandsfragen zugewandt. Jede Partei behauptet, mittelstandsfreundlich zu sein. Besonders während der Wahlen hört man die Versicherung, alles werde getan, um dem Mittelstand zu helfen. Aber Versprechen sind wohlfeil, wie Brombeeren. Zu helfen heißt Mittelstand? Was ist Mittelstand? So fragt man nach dem Wahlen. Mittelstand ist nämlich ein weites Begriff. Und weil dieser Begriff so weit gezogen werden kann, läßt sich wohl erklären, daß man weniger entschieden auf den Tisch des Hauses schlägt und Mittelstandsforderungen vertritt. War der Reichstag nicht sehr schwach besetzt, als man von den Wahlen des Mittelstandes sprach? Sprach nicht insbesondere jene Mehrheit über Mittelstandsfragen, die zumeist mit dem Mittelstand gar keine Fühlung haben.

Mittelstand im engeren Sinne ist Handwerk und Gewerbe. Mittelstand ist das Kleinunternehmertum, das sich mühsam durchs Leben ringen muß und in der heutigen Zeit nicht ein und aus weilt. Konzentrieren wir uns also auf diesen Mittelstand. Soweit es sich um mittelständische Beamte und Angestellte handelt, haben sie andere Vertretungen. Dieser auf sich selbst angewiesene Mittelstand aber ist der Träger der größten Not unserer Zeit. Die Großindustrie hat Kredite erhalten, wenn sie festgefahren war, sie hat weiterhin Kredit, flüssige Mittel zu erlangen. Der Mittelstand sucht vergeblich Produktionskredite, denn mit Vagantellen geben sich die Banken nicht ab. Für den Mittelstand ist aber der Betrag von 1000 Mark keine Vaganteile. Er braucht ihn und erhält ihn nicht. Dazu muß er dem Zuge der Zeit folgen und selbst die weitgehendsten Kredite geben. Die Großunternehmer haben die Abzahlungsgefälle finanziert und das Kreditwesen zu neuer Blüte gebracht. Der Mittelstand muß mithalten und der Gewerbetreibende muß seine Bücher vollschreiben. Forderungen laufen an, die Ausgaben aber steigen sich. Besonders die Ausgaben, die der Staat verursacht.

Man hat sich nun im Reichstage auch nicht über die Räte des Mittelstandes im allgemeinen gestritten. Denn hier kann, so wird wenigstens angenommen, niemand helfen. Man hat die Frage Mittelstand und Staat ventiliert. Man hat unterzucht, ob der Staat durch seine Unternehmungen dem Mittelstand nicht das Wasser abgräbt. Der Reichswirtschaftsminister behauptet, durch die staatlichen Betriebe werde der Mittelstand nicht berührt. Gewiß, der Staat hat immer Geld dazu gehabt, Großbetriebe in Staatsbesitz zu bringen. Er hat hilfreiche Großunternehmungen unterstützt. Stillstehenden Mittelstandsbetrieben konnte er nicht geben. Einmal wurde schon vor Jahren gefragt: Sollte der Staat die Hand dazu bieten, alle Mittelstandsbetriebe zu finanzieren, dann würde er sehr bald Besitzer aller Schuhmachereien und Schneidereien sein. Gewiß das Handwerk leidet Not und einmal die Hand geboten, hätten alle Mittelständler das Recht gehabt, eine gleiche Behandlung zu fordern. Das wäre zu weit gegangen. Man darf schon glauben, daß die Staatsbetriebe, diese Vorkriegsdespoten des Eisen-, Aluminium-, Metallgewinnung, an Erdöl-, Erzeugung und Elektrizitätsversorgung den Mittelstand nicht direkt schädigt. Aber einige Betriebe hat der Minister nicht genannt. So ist bekannt, daß einige Maschinenfabriken Reichsgelder erhalten und man darf nicht vergessen, was in der Bohmann-Affäre von der Verstaatlichung gleichgültiger Unternehmungen bekannt wurde. Schließlich aber haben wir heute in den Gefängnissen und Zuschauersälen noch immer strotzende Werkstätten, die auf vielen Gebieten eine schwere Konkurrenz für den Mittelstand bedeuten. Freilich: mehr als der Staat schädigen den Mittelstand die Betriebe der Länder, die Betriebe, die von den Gemeinden aufrecht erhalten werden. Man kennt Städte, die eigene Fleischereien, eigene Bäckereien unterhalten, man weiß, daß bei vielen Behörden organisierte Einkaufsgesellschaften vorhanden sind. Alles, was möglich war, wurde kommunalisiert. Prinzip vieler Städte wurde in der Zeit der Inflation und der Deflation, als die Gemeinden in Geld schwammen, alles, was gebraucht wurde, in eigene Regale zu nehmen, wie es so schön hieß. Und jetzt können sich diese Städte von den sogenannten Regalbetrieben nicht trennen.

Selbstverständlich ist es schwer, durch ein Reichsgesetz hier Änderung zu schaffen. Aber man denkt ja auch im Ernst nicht daran, so viel für den Mittelstand zu tun. Genau des Hinwelses, daß man bei der Reichsvereinfachung an diese Fragen denken werde. Diese Reichsreform liegt noch in weiterm Felde. Wir haben indessen die Mittelstandsdebatte gehabt, die Debatte, die alljährlich kommt und die immerhin einen Einblick in die Not des Mittelstandes gibt, die aber auch wie ein Hornberger Schießen endigt und nicht weiter als einen bitteren Nachgeschmack hinterläßt. Gestan wird nichts. Damit muß sich der Mittelstand schon abfinden. Das Wichtigste: Lösung der Frage der Kreditbeschaffung, ist zwar übersehen, an eine Steuererleichterung wird nicht gedacht. Weshalb bei der Notlage des Reiches. Vielleicht, wenn im Herbst die große Reform kommt, könnte man, so meint der Minister, auch an vielen Erleichterungen für den Mittelstand arbeiten. Nicht doch: niemand glaubt daran, daß diese so oft und so großartig angekündigte Reform demart gründlich sein wird, daß sie auch Vorteile auf den Mittelstand fallen läßt. Und niemand wird glauben wollen, daß sogar von den Erparnissen aus der Reparations- und Verzugszahlung dem Mittelstande etwas zufällt. Das sind schöne Worte, die zu nichts verpflichten. Worte, die heute fallen und morgen vergessen sind. Der Mittelständler in den Parteien ist eine ungeliebte Person geworden, weil der Klasse, die er hinter sich hat, keinen festen Zusammenhalt kennt. Giebt man dagegen die Arbeiter, die Angestellten, die Bauern, mit roten Klassen und was das was werden. Sie

Vor dem Abschluß der Sachverständigenarbeiten.

* Paris. (Telunion.) Die Schlussarbeiten der Sachverständigen, die augenblicklich noch in den Ausschüssen zur Klärung verschiedener Fragen und zur Endabfassung des Sachverständigenberichts geleitet werden, stehen vor dem Abschluß.

Auch in den letzten Tagen wurden noch verschiedene, wenn auch unwesentliche Änderungen vorgenommen. So hat sich jetzt herausgestellt, daß die deutschen Jahresabgaben in den ersten zwanzig Jahren der Laufzeit des Youngplans durchschnittlich um 24,1 Millionen jährlich erhöht werden, während ursprünglich diese Steigerung auf 25 Millionen festgelegt war. Die 2 Milliardengrenze wird, wie bekannt, im Jahre 1940 erreicht werden. Von da an wechselt nach Maßgabe der Bestimmungen der interalliierten Schuldenabmachungen die Höhe der deutschen Zahlungen. Im 37. Jahr wird die Jahresabgabe 2,427 Millionen Goldmark betragen. Die im Laufe der Sachverständigenkonferenz vorgesehene Neuregelung für die deutschen Sachleistungen ist nun in letzter Stunde fallen gelassen worden, sodaß die bisher unter dem Dawesplan geltenden Bestimmungen für die Sachleistungen unverändert weiter bestehen bleiben, falls die Regierungen es nicht vorziehen werden, ein neues Abkommen zu treffen.

Elektische Washingtoner Stimmen.

* New York. (Telunion.) Die Meldungen aus Washington lassen erkennen, daß man in dortigen Kreisen die Berliner Einigung über die Tributfrage trotz einer gewissen Erleichterung heute bereits festlich beurteilt. Deutschlands ganzes Ziel, so meint man, werde nun darauf gerichtet sein, in einer Einheitsfront mit den Alliierten auf eine Schuldenerleichterung hinzuwirken, da nach dem Youngabkommen Deutschland nur dadurch eine Verminderung seiner Zahlungen zu erwarten hätte. Andere Kreise haben jedoch, daß das Youngabkommen, wenn es auch vorläufig eine Erleichterung bringe, nur zeitlich begrenzt sein werde, da Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen auf die Dauer nicht werde erfüllen können. Man erwartet nunmehr und darin sieht man hier die einzige günstige Wirkung, so weit Amerika in Betracht kommt, daß das Berenger-Abkommen schnellstens ratifiziert wird.

Die Verteilung der Young-Annullitäten.

*) Paris. Der „Zeit Parisien“ will berichten können, daß die Verteilung der Durchschnittsannuitäten des Youngplans von 1988,5 Millionen RM unter die Gläubigerstaaten in dem Bericht der Sachverständigen festgelegt wird für Frankreich auf 1080, Großbritannien 418, Italien 211, Belgien 115, Vereinigte Staaten 68, Japan 18 Millionen RM. Der Rest werde zu verschiedenen Prozentsätzen auf Süd-

haben Stoßkraft. Aber der Mittelstand pendelt zwischen rechts und links, er ist groß und doch ohnmächtig. Und seine Ohnmacht wird ihm stets wieder bewußt, wenn man seine Wünsche und Forderungen mit tönenden Worten unterkreicht und wieder abtut, wenn man auf kommende Zeiten vertröstet. So wars früher schon und so wird's bleiben. Der Mittelstand ist das Stiefkind, das man nicht liebt, das man aber braucht, weil auf dieses so leicht viele Bösen abgewälzt werden können. Es sind viele Schüler, die schon etwas tragen können. Und wenn sie klagen und röhnen: es gibt Erbärmlichkeit und Verpöhlungen. Er warnt also auf die Erbärmlichkeit, auf den Segen, der aus den von Schwach abgehandelten Millionen fließen soll.

Am Vorabend der Ratstagung.

*) Madrid. Mit den gestrigen Abendstunden sind die letzten Delegationen für die Ratstagung eingetroffen, darunter die französische unter Führung von Briand. Nach den öffentlichen Besuchen, die am gestrigen Mittwoch einerseits der spanischen Regierung abgeleistet worden sind und andererseits auch die Fühlungsnahme zwischen den einzelnen Delegationen gebracht haben, traten die Delegierten der Ratstagung heute vormittags 11 1/2 Uhr im Gebäude des spanischen Senats als Plenarsitzung für die Niedererkennungsfrage zusammen, um die vertrauliche Audienzfrage und Prüfung des Berichtes des Dreierkomitees zu beginnen. Dieser Bericht hat bekanntlich immer mehr vorbereitenden Charakter getragen. Er sollte dem Ratskomitee als Grundlage für die weitere Aussprache über die Niedererkennungsfrage und die deutschen fanatischen Anträge zur Verbesserung des Verfahrens bei der Behandlung von Minderheitsbeschwerden dienen und gleichzeitig die grundsätzliche Stellungnahme des Völkerbundsrats zu der vom Völkerbund übernommenen Garantie des Schutzes der Minderheiten vorbereiten.

Am Vorabend dieser wichtigen Beratungen sind, wie zu erwarten war, die Gegensätze der verschiedenen im Völkerbund vertretenen Auffassungen unverändert vorhanden. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt, wie erinnern-

Kanien, Rumänien, Griechenland, Polen und Portugal verteilt.

Der Bericht der Reparationsfachverständigen. — Die Frage der Unterzeichnung und Veröffentlichung.

*) Paris. Die „Chicago Tribune“ berichtet: Der französische und der englische Text des Berichtes der Sachverständigen wird wohl kaum vor Freitag nachmittags veröffentlicht werden. Man beschäftigt sich zur Zeit auch mit der Frage, in welcher Reihenfolge die Unterzeichnung vor sich gehen solle. Man nimmt an, daß nicht Owen Young als Vorsitzender, wie man erwarten könnte, als erster unterzeichnet, das vielmehr die Reihenfolge der Länder nach dem französischen Alphabet maßgebend sein würde und daß als die Delegierten Deutschlands zuerst unterzeichnen würden. Weiter erörtert man die Frage der Veröffentlichung des Berichtes. Man sucht darüber Klarheit zu schaffen, ob eine Abschrift des Berichtes der Reparationskommission den Konsulaten und Gesandtschaften der kleinen Gläubigerstaaten übermitteln werden soll, die an der Frage der Verteilung interessiert sind. Allgemein wird angenommen, daß der Bericht noch am Abend des Tages der Unterzeichnung der Presse übergeben werde.

Ständbild des Ratins auf die Sachverständigenkonferenz.

*) Paris. Der Außenpolitiker des Ratins vertritt die Ansicht eines Art Epilog zu den Arbeiten der Sachverständigenkonferenz. Er schreibt, die Sachverständigen hätten inmitten ungeheurer Schwierigkeiten ihre Pflicht getan. Jetzt müßten die Regierungen und Parlamente auch ihre Pflicht tun. Sie würden daran denken müssen, daß das, was geschehen sei, unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden müsse. Wenn man auf die Vergangenheit zurückbliebe, dann handle es sich um die direkte Fortsetzung der geschichtlichen Unterredungen von Tabor. Demnach hätten sich Briand und Stresemann über Gesamtleistungen verständigt und eine Teilmobilisierung des Dawesplans ins Auge gefaßt. Zwei Jahre seien notwendig gewesen, damit der Markt und die öffentliche Meinung in America sich zu dieser Operation herbeiließen, aber dann dieser Schritt habe die Operation größere Ausmaße angenommen, denn man mobilisiere jetzt die gesamte eigentliche Reparationsschuld abzüglich der Kompensationszahlungen für die interalliierten Schulden. Wenn man in die Zukunft blicke, könne man sagen, daß man vorbehaltlich der Zustimmung der Regierungen und der Parlamente den ersten Akt der Genter Entscheidung der Regierungen vom September durchgeführt habe. Das Reparationsproblem habe seine endgültige Lösung erfahren. Verhandlungen über die Hispaniandrainung könnten und müßten jetzt optimistisch zwischen den interessierten Ländern eingeleitet werden.

lich, vor zwei Monaten in einer für das Dreierkomitee bestimmten Deutschschrift eingehend begründet. Sie wird bei den bevorstehenden Beratungen an ihren Argumenten festhalten, deren grundsätzliche Bedeutung den Abschluß eines Kompromisses nicht zuläßt, wie es sich sonst im konkreten Fall der einzelnen Minderheitsbeschwerden vielfach als praktisch notwendig erwiesen hat.

Abreise Dr. Stresemanns nach Madrid.

*) Berlin. Zur Teilnahme an der Ratstagung des Völkerbundes in Madrid hat gestern abend Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit seiner Gemahlin Berlin verlassen. In seiner Begleitung befanden sich Staatssekretär Dr. Bänder, Reichspressesekretär Ministerialdirektor Dr. Jochim und Vortragender Legationsrat Dr. Redlbammer. Am Bahnhof hatten sich zum Abschied der spanische Botschafter Dr. Espinosa de los Monteros mit dessen seiner Tochter und ihren Damen eingefunden. Deutscherseits gaben der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Ministerialdirektor Dr. Röfle und Ministerialdirektor Dr. Schneider mit mehreren anderen Herren des Amtes dem Minister das Geleit.

Studentenstreik in Lemberg.

*) Warschau. (Funkpruch.) Die Lemberger polnischen nationalistischen Studenten haben einen Streik sämtlicher Hochschulen beschlossen, um die Freilassung der anlässlich der antifeminitischen Ausschreitungen verhafteten Studenten zu erzwingen. Uebrigens halten sie große Versammlungen ab und veranstalten Straßenumzüge. Wie der jüdische „Nas Brzeglond“ meldet, haben einige Studenten an der Straße einen jüdischen Arzt überfallen und verprügelt. Durch die Strafen gehen immer noch starke Vorkleinwachen, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die jüdische Bevölkerung hat sich sehr beirgt. Die Regierung der jüdischen Gesellschaft wurde gestern schon um 6 Uhr abends aufgelöst.